

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatlich 1600.— Mk., wöchentlich 400.— Mk. In Pommerellen: monatlich 2000.— Mk. in polnischer Währung.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 250.— Mk., von auswärts 300.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 900.— Mk., von auswärts 1100.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945
Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 49

Dienstag, den 27. Februar 1923

14. Jahrgang

Deutsche Protestnote gegen die französischen Gewalttaten.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung folgende Note nebst Anlagen zu überreichen: Die Gewalttätigkeiten der französischen und belgischen Truppen gegen die Bevölkerung im Ruhrgebiet häufen sich in erschreckender Weise. Wenn es in der ersten Zeit nach dem Einmarsch zunächst noch den Anschein haben konnte, als ob es sich bei den Gewalttätigkeiten um Ausschreitungen von einzelnen Angehörigen der Besatzungsarmee handelte, so zeigt sich in den letzten Wochen immer deutlicher, daß die militärischen Befehlshaber selbst systematisch darauf ausgehen, die Bevölkerung zu terrorisieren. Die unerbittlich vorgenommenen Fälle der Wegnahme von Privateigentum, der Ausweisung und Verhaftung von Beamten, der Strafmaßnahmen gegen ganze Städte sowie der Mißhandlung und der Tötung von Privatpersonen sind so zahlreich, daß es der deutschen Regierung schlechterdings nicht mehr möglich ist, jeden einzelnen Fall seiner Bedeutung entsprechend gesondert zu behandeln. Sie muß sich deshalb einstweilen darauf beschränken, einzelne Fälle herauszugreifen. Eine Liste solcher Fälle, die das Vorgehen der Besatzungsstruppen hinreichend kennzeichnen, ist beigelegt. Nach der Behandlung, die den deutschen Protesten bisher zuteil geworden ist, kann die deutsche Regierung nicht darauf rechnen, daß ihre Mitteilungen die französische Regierung jetzt zu einem Einschießen gegen die Gewalttate ihrer Truppen veranlassen werden. Sie hält es gleichwohl für ihre Pflicht, der französischen Regierung durch Darstellung einzelner Beispiele das unerhörte Vorgehen der Truppen immer wieder vor Augen zu führen und so die Verantwortlichkeit für dieses Vorgehen festzustellen. Daher ist sie keineswegs gewillt, mit der Ausweil solcher Beispiele die übrigen Fälle der Vergeßlichkeit preiszugeben. Vielmehr behält sie sich vor, auf Grund des von ihr fortlaufend gesammelten Materials für jedes begangene Unrecht volle Genugtuung zu fordern.

In der umfangreichen Anlage, welche die deutsche Regierung dieser Note beigelegt hat, werden die Gewalttaten der französischen Einbruchstruppen in Oberhausen und Bochum, ferner die Gewalttaten gegen die Bevölkerung in Recklinghausen, die Vorfälle auf dem Bahnhof Wanne und weitere Fälle von Mißhandlung, Verhaftung und Ausweisung zur Kenntnis der französischen Regierung gebracht.

Frankreichs herausfordernde Politik.

Ueber die Lage im Ruhrgebiet schreibt „Daily Chronicle“: Die Erregung im Ruhrgebiet steige und die Franzosen schienen es so zu wollen. Wie anders kann man sonst die Tatsache erklären, wie die aus Bochum bekannte. Dies sei nicht eine Politik, welche beruhige, sondern eine Politik, die herausfordert. Die Verwendung schwarzer Truppen sei eine widerliche Maßnahme, die von jeder öffentlichen Meinung zivilisierter Völker verurteilt werden müsse. „Daily Chronicle“ fragt, ob Bonar Law wohlwollende Neutralität so weit gebe, daß einer derartigen Grausamkeit Vorbehalt geleistet werden müsse. Die Nachrichten über die Politik der Umzingelung der Kompagnien, der Einschüchterung und des Raubes, die in Essen, Bochum und anderswo mit widerlicher Brutalität ausgeübt würden, wirkten auf die Engländer einen peinlichen Eindruck machen, und die Beschlagnahme deutschen Geldes, das für die Kölner Zweigstelle der deutschen Reichsbank bestimmt war, sei ein unfreundlicher Akt.

Gestern abend kam es in den Straßen der Stadt Oberstein zu schweren Ausschreitungen der Besatzungsstruppen. Die Soldaten gingen mit aufgepflanztem Bajonett auf die wehrlose Menge vor und schlugen blindlings auf die Menschen ein. Mehrere Personen wurden mit Gewehrkugeln niedergeschlagen. Heute mittag wurden der Bürgermeister und der städtische Syndikus ausgewiesen, worauf die städtischen Beamten als Zeichen des Protestes in einen 24 stündigen Streik traten.

In Wittburg (Eifel) wurden der Landrat und sein Stellvertreter, sowie noch 14 leitende Beamte der dortigen Behörden sowie der Besitzer der „Wittburger Zeitung“, der Geschäftsführer und der Redakteur verhaftet und weggebracht.

Breitheids Eindrücke in England.

Im „Barnetts“ berichtet Gen. Breitheid über seine Reise nach England. Zunächst verweilt er sich gegen alle die Dinge, die ihm die reaktionäre Presse angebotet hat. Seine Wirklichkeit in London sei eine viel bescheidener gewesen und habe sich lediglich auf das Nehmen und Geben von Informationen beschränkt. Am Schluß seiner Ausführungen schreibt er:

„Wohin ich auch kam, überall folgte den Worten der Kritik an der französischen Gewalttätigkeit die Erklärung, daß die deutsche Industrie doch nicht alles getan habe, um die Er-

füllungspolitik möglich zu machen, und die Frage schloß sich an, ob denn Sicherheit dafür vorhanden sei, daß bei einer zukünftigen Regelung die Leistungsfähigen wirklich zu Leistungen herangezogen würden. Nicht ich brauchte dieses Thema zu berühren, die andere Seite schritt es an und versicherte, daß die Bereitwilligkeit, zu helfen, in England viel größer sein würde, wenn in dieser Beziehung bessere Garantien gegeben wären. Das sollen sich diejenigen vor Augen halten, die glauben, daß die Stimmung bräuen durch Propaganda nach herabgemindertem Kriegsmüder zu beeinflussen sei. Die deutschen Interessen können in London nicht besser wahrgenommen werden, als wenn mit Entschiedenheit alles geschieht, um das Umschlagen des gewaltlosen Widerstandes in einen gewalttätigen zu vermeiden und gleichzeitig der Beweis erbracht wird, daß man nach der Befreiung des Ruhrgebietes die dann noch vorhandenen Kräfte tatsächlich mobilisieren wird, um zu einer Verständigung mit der Entente zu gelangen.

Das alles brauchen freilich nicht diejenigen zu beachten, die davon überzeugt sind, daß Deutschland ohne fremde Hilfe jetzt in der Lage sein werde, den „Erdbege“ zu erringen und den Zustand vor dem Weltkrieg wieder herbeizuführen. Es gilt nur für die, die einer Unterstützung von außen nicht ganz entraten zu können glauben. Bonar Law hat in seiner ersten Rede die Möglichkeit offen gelassen, daß England zu gegebener Zeit, sei es unmittelbar, sei es auf dem Wege über den Völkerbund, doch noch intervenieren werde. Die Aussichten, daß ein solcher Schritt, auf den auch die französischen Behörden an England nicht ganz ohne Einfluß sein werden, schnell und rechtzeitig geschieht, sollen wir freilich nicht überschätzen. Aber auf der anderen Seite — nichts verhängnisvoller, als wenn diese Wege durch unsere Schuld verbannt würden.“

Reaktionärer Anschlag auf das Münchener Parteiorgan.

W.D. meldet: Unbekannte Täter machten in der vergangenen Nacht einen Anschlag auf das Verlagsgebäude der „Münchener Post“, indem sie einen Schuß abgaben, eine Eisenhandgranate warfen und mehrere Fenster Scheiben einschlugen.

Unbekannt bleiben die Täter nun deshalb für die Münchener Polizei, weil sie dieselben nicht finden will.

Der Verschacherer des Saarlandes.

In Saarbrücken wird augenblicklich ein Verleumdungsprozess verhandelt, den das Mitglied der Saarregierung Dr. Hector gegen den verantwortlichen Redakteur eines dortigen Blattes angestrengt hatte, weil dieser in seinem Blatt behauptet hatte, daß Hector im Jahre 1919 an Clemenceau einen wahren Bericht über die Stimmung der Saarbevölkerung gelangt habe, die angeblich von Deutschland losgelegt sein wolle. Hector habe dieses Schreiben gegen den Willen und hinter dem Rücken der Saarbrückener Stadtverordneten abgesandt. Der ehemalige Bürgermeister, der inzwischen von den Franzosen zum Minister im Sargebiet gemacht wurde, leugnete in der Gerichtsverhandlung dieses Schreiben. In der gestrigen fortgesetzten Verhandlung des Prozesses teilte der Vorsitzende mit, daß Dr. Hector durch ärztliches Attest auf acht Tage entschuldigt sei und an den Verhandlungen nicht teilnehmen könne. Gleichzeitig teilte jedoch der Vorsitzende mit, daß die Durchsichtung der Archive der Stadt Saarlouis den von Dr. Hector abgelehnten Brief an Clemenceau zutage gefördert habe. Die Verteidigung beantragte darauf die sofortige Verhaftung des Ministers wegen Meineids und Falschvertrags sowie die Durchsichtung und die Beschlagnahme seiner gesamten Privatekorespondenz. Ferner stellte die Verteidigung mehrere Beweisangebote, aus denen sich ergeben soll, daß Minister Hector den Brief persönlich diktiert und eine Dame aus Saarlouis beauftragt habe, sechs französische Uebersetzungen davon anzufertigen. Nach einstündiger Beratung beschloß das Gericht, den Antrag auf Durchsichtung der Wohnung Hectors abzulehnen, da Hector laut Friedensvertrag und nach Statut die Immunität der Diplomaten genieße. Gleichzeitig wurde beantragt, daß ein beamteter Arzt den Minister auf seinen Gesundheitszustand untersuchen soll.

Milliardengeld an die Kapitalisten.

In Sachsen besteht ein Gewerbesteuergesetz, das es ermöglicht, die Riesengewinne der Industrie steuerlich zu erfassen. Die Regierung brachte unlängst eine Vorlage ein, die die Gewerbesteuer dem gelunkenen Werte der Mark entsprechend erhöhen wollte. Die Kommunisten lehnten das Arm in Arm mit den Bürgerlichen ab. Welchen Dank die Unternehmer und Großkapitalisten den Kommunisten für die Ablehnung schulden, ergibt sich aus folgendem Beispiel:

Die Polypphonwerke A.-G. in Wahren veröffentlichten ihren vorjährigen Geschäftsbericht, der mit einem Reingewinn von 425 270 000 Mark abschließt. Außerdem sind für Konto Steuern 100 Millionen Mark zurückgestellt und sämtliche Konten, wie Grundstück, Maschinen, Anlagen, Effekten und Beteiligungen, bis auf 1 Mark abgeschrieben. Von diesem ungeheuerlichen Gewinn erhalten die Aktionäre 200 Prozent Dividende.

Die 425 270 000 Mark Reingewinn werden als Ertragsanlage mit 2 Prozent zur sächsischen Gewerbesteuer herangezogen.

Da das Anlage- und Betriebskapital der Polypphonwerke ungefähr 200 Millionen Mark betragen dürfte, übersteigt der Reingewinn dieses um rund 100 Prozent. Der die Betriebsanlage bzw. Kapitalien übersteigende Teil des Reingewinns ist im vorliegenden Falle mit weiteren 5 Prozent zu versteuern. Die Aktiengesellschaft Polypphon hätte demnach von ihrem Reingewinn ungefähr 18,5 Millionen Mark an Steuern abzugeben.

Die letzte Vorlage der sächsischen Regierung wollte eine Verdreifachung des Steuerbetrags, was aber von den Bürgerlichen und Kommunisten abgelehnt wurde. Durch ihre Ablehnung schenkten die Kommunisten den Aktionären der Polypphonwerke rund 35 bis 40 Millionen Mark.

Außerdem haben die Kommunisten im sächsischen Stadterordneten-Kollegium den städtischen Zuschlag zur Gewerbesteuer in Höhe von 25 Prozent abgelehnt, so daß auch dieser Betrag von ungefähr 12 bis 15 Millionen Mark, zusammen also ungefähr 50 Millionen Mark, den Aktionären geschenkt wurde. Wenn schon in dem einen Falle zirka 50 bis 60 Millionen einer Aktiengesellschaft an den Hals geworfen werden, kann man sich ausmalen, welche Unsummen den Kapitalisten in ganz Sachsen geschenkt werden. Würden diese Milliarden nicht besser im Interesse der Erwerbslosen und Kollektiven Verwendung finden können?

Die Kommunisten gebärden sich immer, als wenn sie die Zeit nicht erwarten könnten, um die Kapitalisten zu enteignen, während sie in Wirklichkeit den Kapitalisten und Reaktionären zum Schaden der Arbeiterschaft einen Dienst nach dem andern leisten.

Was sagen die kommunistischen Arbeiter dazu?

Wiederanhoben der freien Gewerkschaften in Italien. Trotzdem die öffentliche Sicherheit, von Rede- und Pressefreiheit ganz zu schweigen, in Italien immer noch eine sehr zweifelhafte Sache ist, beginnen die freigewerkschaftlichen Organisationen mit der Neuorganisation des gewerkschaftlichen Lebens. Der Allgemeine italienische Gewerkschaftsbund hat die Leitung hierzu in die Hand genommen und den Grundbauf aufgestellt, daß jede organisierte Verbindung mit irgendeiner politischen Partei unzulässig sei. In Turin und Genua wurden unter Mitwirkung des Gewerkschaftsbundes die Arbeitskammern neu konstituiert. Es ist beachtenswert, daß sich in diesen beiden ehemaligen Hochburgen des Kommunismus die Mehrzahl der ehemals angeschlossen Organisationen auf dem Boden der freigewerkschaftlichen Arbeit wieder zusammengefunden hat.

Piraten der öffentlichen Meinung.

Am 20. Januar 1923 hielten die sogenannten Vaterländischen Verbände in Deutschland in Berlin, Altestraße 32, ihren ersten Vertretertag ab. Vorsitzender war der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Weisler, der zum Schluß zum geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt wurde. Als Hauptaufgabe des Zusammenschlusses dieser sogenannten vaterländischen Verbände wurde die Bekämpfung der Kriegsschuldfrage und Bekämpfung des Marxismus in allen seinen Erscheinungsarten bezeichnet. Herr Weisler erklärte es sodann als unzweifelhaft, daß man vor einer gänzlichen Abschüttelung der Franzosenherrschaft stehen und befristete es, daß Deutschland endlich mit Frankreich allein sei. Er polemisierte gegen den preussischen Innenminister, Grafen Severing, der einen Verständigungsabreden als Ziel der deutschen Aktion hingestellt habe. Der Industrielle Friedrich Karl von Brud erklärte eine Kollation im Sinne der Ausführungen Weislers in Arbeiter- und Ausgewerkschaften für besonders notwendig. Die Verbreitung „antimarxistischer“ Anflörung wurde einer besonderen Organisation übertragen, die sich „Nationale Einheitsfront“ nennt und von einem gewissen Herrn Waaner dirigiert wird.

Als geschäftsführender Vorsitzender der Verbände hat dann der volksparteiliche Abgeordnete Weisler am 1. Febr. ein Rundschreiben an die angeschlossenen Organisationen ergelassen, worin zunächst über „Versehrungsverhältnisse der Sozialdemokraten im Ruhrrevier“ berichtet wird. Als Verschnungsarbeit betrachtet Herr Weisler die von sozialdemokratischer Seite ausgehende Abwehr des nationalsozialistischen Treibens. Severing habe in einer Konferenz der Volksparteipräsidenten des Ruhrreviers deutlich erklärt, daß die preussische Regierung den Willen zu dauerndem erstem Widerstand gar nicht besitze. Am Untergrund lauerten schon Birch und Genossen, um ihre Erfüllungspolitik fortsetzen zu können. Herr Weisler erklärt unter solchen Umständen eine Stärkung der nationalen Propaganda für unbedingt notwendig. Anschließend der von Seiten der Sozialdemokratie drohenden Gefahr habe der Unterzeichnete die ihm vom Nationalen Klub-Berlin übergebenen Mittel in anderer als der zurzeit für zweckmäßig angesehenen Weise verwendet. Es sei notwendig, gegen „sozialistische hochverräterliche Flugblätter“ Gegenschriften herauszugeben und das sollte eben viel Geld. Es seien neue sehr große Mittel erforderlich, um die Ruhrarbeiterschaft darüber aufzuklären, daß ihre Interessen mit denen der Unternehmer gleichstehen. Darum seien nationale Spenden nützlich angelegt, wenn sie zur nationalen Propaganda im Ruhrrevier verwendet würden. Statt in den großen Topf der allgemeinen Ruhrhilfe zu fließen. Zum Schluß weist der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Herr Weisler darauf hin, daß die Ausführungen des Herrn v. Brud in der ersten Vertreterversammlung der Vaterländischen Verbände in der „Deutschen Zeitung“ wirklich veröffentlicht worden seien.

Darum steht also fest: Unter dem Vorhinein des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Weisler hat sich eine extrem-nationalistische Organisation gebildet, deren Publikationsorgan die „Deutsche Zeitung“ ist.

Danziger Nachrichten.

Beim Pfandleiher.

Wenn Menschen beim Gold- und Silberankaufern alten Schmuck, liebe Andenken, wertvolle Geräte veräußern, um Lebensmittel kaufen zu können, dann steigt sich darin die Gramt, in die sie gefommen sind. Um in der Gegenwart leben zu können, müssen sie liebgewonnene Güter der Vergangenheit verkaufen. Aber noch größeres Elend bedeutet es, wenn Menschen beim Pfandleihen Kleidung und Wirtschaftsgüter "verleihen", die sie jeden Tag notwendig brauchen, aber doch hingeben, weil sie und ihre Kinder ein Stück Brot haben müssen. Der Geschäftsgang in einem Pfandleihgeschäft ist ein Barometer der Not.

Kaum ist das Geschäft eröffnet, ist auch der Raum, der für die Pfänderbringer bestimmt ist, gefüllt. Anzüge, Stiefel und Schuhe werden gebracht. Mit Tränen in den Augen bringt eine schwangere Frau ein Bündelchen Wäsche. Prüfend sieht sie der Pfandleiher an. Nach bevor der Betrag festgesetzt ist, sagt die Frau, daß sie hofft, bis zu ihrer Rückkunft die Einlösung bewirken zu können. "Vielleicht, vielleicht muß ich noch mehr bringen," so äußert sie zu den Umstehenden, während der Pfandleiher dem Geschäftsmann einige Scheine entnimmt.

Ein Mann steht an Ort und Stelle seinen Winterüberzieher aus, während draußen die Schneeflocken bei 8 Grad Kälte ihr winterliches Spiel treiben. Noch warm vom Körper wird das Kleidungsstück abgehängt, mit einer Nummer versehen und den allgemeinen Beständen zugeteilt.

Kinder treten an den Ladentisch, zeigen eine Legitimation der Mutter vor und bringen zwei Paar Stiefel. "Meine Mutter kommt am Sonnabend her und holt sie wieder." So erklärt unverzüglich ein kleiner Blondkopf im Alter von etwa 8 oder 9 Jahren, während sein noch jüngerer Schweigergeselle sich an dem Ladentisch bedrückt, um das Aussehen der Schuhe genau mit anzusehen. Weil es "alte Kundtschaft" ist, werden die Stiefel auch von Kindern angenommen, sonst hätte der Pfandleiher wohl abgelehnt. Schutzwert wird im übrigen sehr häufig gebracht. Sie häufen sich oft zu Bergen, und alle sind notwendige Gebrauchssachen, keine Ball- und Durstschuhe!

So geht es dort den langen Tag bis zum abendlichen Geschäftschluß. Trotz der angeblich hohen Löhne und Gehälter werden die Läger der Pfandleiher immer umfangreicher. Ein Beweis, daß nicht alle Pfänder zur gegebenen Zeit wieder eingelöst werden.

Hier kommen und gehen Menschen, die keine Silberbecher, keine Broschen, Uhren, wertvolle Bilder und Kupfgegenstände verkaufen können, weil sie niemals in ihrem Leben, auch als Deutschland noch "reich" war, dergleichen Sachen im Besitz hatten. Immer konnten sie nur das Notwendigste erwerben. Nun müssen sie auch das verlieren. Geben es hin und wissen zum Teil nicht, ob sie es selbst wieder einlösen können.

Neue Forderungen der Hausbesitzer.

120fache Friedensmiete.

Der Haus- und Grundbesitzerverein hielt gestern nachmittag im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus eine Versammlung ab, in der ein Herr Vahl über die Notwendigkeit einer Mietreiserhöhung referierte. Er ging auf Gause und verlangte eine 120fache Erhöhung der Friedensmiete für Wohnungen und die 20fache Hebung der Mieten für Wohnungen mit Laden. Auch die Höhe des Wasserzinses war Gegenstand seiner Kritik. Herr Vahl gab den Hausbesitzern den "alten" Rat, die Wasserwerke beteiligen zu lassen und empfahl er allgemeine Zahlungsverweigerung. Bei der Beseitigung der Wasserwerke wird doch auch die Gesundheitsverwaltung ein Wort mitzureden haben. Die Schornsteinfegergebühren waren ebenfalls Gegenstand der Aussprache. Die Hausbesitzer wollen die Mehrerhebung, die die neue Ordnung bringen wird, nicht tragen. Ein Redner machte den Vorschlag, sie in Form einer Steuer zu erheben. Dr. Wapler trat für eine eigene Danziger Währung ein. Ueber das Reichsmietengesetz, dessen Einführung auch im Reichstag geplant wird, berichtete Dr. Wapler. Sämtliche Redner traten selbstverständlich für den Ausbau der Wohnungswirtschaft ein. Zum Schluß wurde nachstehende Resolution angenommen: Die unannehmerliche Notlage der Hausbesitzer personal unbedingt den Abbau der Wohnungswirtschaft und die Erhöhung der Mieten für Privaträume auf das 120fache des Friedenspreises, für Läden mit Wohnungen auf das 200fache, mit einem Kündigungstermin vom 1. April 1923 ab.

Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge.

Die Unterhaltungsfrage für die Erwerbslosen ist im Ausschuss an die Verwaltung im Maße und im Zeitmaß erhöht worden. Vom 12. Februar 1923 ab erhält der Hauptunterstützungsempfänger, wenn er über 21 Jahre alt ist und nicht in Haushalt eines anderen lebt, monatlich 1200 Mark; aus diesem Betrag sind einmündig erhaltene Kinder, die betragende Familienunterstützung für den Ehepartner und die Miete zu decken. Die letzte dem Volkstasche einen Geschenktwurf vor.

Unzulängliche Mittel.

Als im Januar der Dollar Mietsprengung machte und die Forderung eines immer bedrohlicheren Umfangs annahm, übernahm die Ver. Bez. Kraft des Volkstages Schritte, um die am meisten betroffenen, den Neubausparneren zu helfen. Sie legte dem Volkstasche einen Geschenktwurf vor, zur Naturalunterstützung von Hilfsbedürftigen, wie Arbeitslosen, Empfänger von Siemen- und Waidrenten, Invaliden, Kriegsbeschädigten und Kriegsahinterbliebenen, Witwen, Waisen, Altersschwachen und Kleinerrentern 100 Millionen Mark zu fordern. Zur Verwendung der den Gemeindefürsorge überlassenen Summen sollten Kommissionen aus Gemeindevorstern und Vertretern der Unterhaltungsbehörde ernannt werden.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag verlangte mit Rücksicht auf die zunehmende Zahl der bedürftigen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, die den Gemeinden gewählten Sonderkommissionen ebenfalls erhöht werden.

In diesem Verhältnis sollten auch die Kosten der Unterhaltung erhöht werden. Eine Forderung, die nur dann berechtigt ist, wenn die Rentner leiden unter der Tendenz, noch mehr wie die Beamten.

Die 100.000.000-Mark-Anträge wurden vom Volkstasche ohne Debatte dem Hauptausschuß überwiesen. Bei der Beratung beantragte die Sozialdemokraten, die im Volkstasche genannte Summe von 100 Millionen auf 200 Millionen zu erhöhen. Der Senat erklärte auf eine Anfrage, daß etwa 150.000 Familien die Substanten der sozialdemokratischen Anträge genießen würden, und eine Mehrerhebung von einigen Tausend Millionen Mark entstehen würde. Eine derartige Summe reicht bei den Milliardenwerten des Staats kaum eine nennenswerte Hilfe. Trotzdem schloß die bürokratische Reiberei des Ausschusses die sozialdemokratischen Anträge ab und nahm einen Vorbehalt

an, monach dem Senat zur einmaligen Unterstützung der Sozialrentner und der bedürftigen Zivilblinden 25 Millionen und für die Kriegsbeschädigten und Kriegsahinterbliebenen 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Die sozialdemokratischen Vertreter stimmten nach Abschnung ihrer weitergehenden Anträge diesem Geschenktwurf ebenfalls zu, erklärten jedoch, daß mit dieser Summe eine nennenswerte Hilfe für diese notleidenden Kreise kaum geleistet werden kann.

Rettung der Krankenkassen.

Es wird geschrieben: Die in letzter Zeit mehrfach veröffentlichten Artikel lehren uns die Unzulänglichkeit der jetzigen Krankenversicherung, Krankenkassen und Krankenärzte streiten um ihr Recht, nur des Uebels Wurzel wird nicht beseitigt. Man muß sich fragen, wie sind solche Zustände möglich, wo doch eine langjährige Praxis genügend Material geliefert hat, um ein Institut wie die Krankenversicherung rentabel zu machen. Trotzdem dieses Problem so einfach zu lösen ist, ärgern die gesetzlichen Stellen, den Vorschlägen, wie sie von den Krankenkassenverbänden gemacht worden sind, beizupflichten. Der größte Teil der Kassen sieht sich sozulagen vor eine große Pleite gestellt, was natürlich in jedem Fall verhindert werden muß, denn kein Arbeitnehmer wird an eine Preisgabe dieser Einrichtung denken. Um den Verpflichtungen nachzukommen, haben viele Kassen ihren Referendonds aufgebraucht und Darlehen (zu hohen Zinsen) aufgenommen, jedoch mit der trüben Aussicht, zur Rückzahlung in absehbarer Zeit nicht in der Lage zu sein. Die zeitigen Einnahmen decken kaum die Krankheitskosten, geschweige denn Arzt- und Verwaltungskosten. Weil nun neue Mittel nicht zu erlangen sind, ist die natürliche Folge, daß die eingereichten Liquidationen nicht bezahlt werden können. Nach mühevollen Kämpfen erfolgt jetzt die Heraushebung des Grundlohnes auf 3600 Mark täglich, das sind bei 25 Arbeitstagen im Monat 90.000 Mark gegenüber dem tatsächlichen Verdienst eines gelehrten Arbeiters von etwa 300.000 bis 400.000 Mark monatlich. Errechnen wir den Beitrag von beiden Summen, so würden die Kassen nicht nur eine doppelte so große Einnahme wie jetzt, sondern sogar eine dreifache haben. Nun erst könnte die Kasse als leistungsfähig betrachtet werden. Sie wird ihren Verpflichtungen pünktlich nachkommen, den Ärzten angenehmes Honorar und den kranken Mitgliedern ein höheres Krankengeld gewähren können. Bleibt nun noch ein Ueberfluß, dann wird keine Kasse verkümmern, ihre Leistungen in bezug auf Familienhilfe usw. auszubauen. Die Forderung müßte also sein: Festsetzung zeitgemäßer Grundlöhne.

Für die Kämpfer an der Ruhr.

Beim Allgemeinen Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig sind seit dem 21. Februar weitere Beiträge für die Ruhrhilfe eingegangen:

Table with 2 columns: Name of organization and amount in Mark. Includes: Gemeinde- und Staatsarbeiter 175.000 Mark, Durch Klingenberg, gesammelt in einer Parteiverammlung zu Dohnsdorf am 18. 2. 6.400 Mark, Freireiserverband 21.650 Mark, Glasarbeiter 17.800 Mark, Holzarbeiter 200.000 Mark, Maschinisten und Heizer 12.600 Mark, Zimmerer, zweite Rate 90.000 Mark, Buchbinder 3.800 Mark, Mäler und Anstreicher 20.000 Mark, Schon quittiert i. d. 'Volksstimme' am 20. 2. 226.800 Mark, Summa: 773.850 Mark.

Gewerkschaftscollegen! Unterstützt unsere Volksgenossen im Ruhrgebiet durch ausreichende Sammlungen. Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig. A. A. Paul Roshowski.

Bunter Abend.

Der Bildungsausschuß der Ver. Soz. V. D. veranstaltete am Sonnabend in der Aula am Winterplatz einen Unterhaltungsabend, der auch diesmal wieder einen starken Besuch aufwies. Wir haben bei der Beschreibung des vorhergehenden Unterhaltungsabends bereits angedeutet, daß ein einheitlicher Charakter des Programms für solche Veranstaltungen wünschenswert erscheint. Leider war dies auch bei der letzten Veranstaltung nicht ganz befolgt. Der Abend sollte die Zuhörer mit Meisterwerken des Schwerts vertraut machen. In diesen Rahmen paßten schließlich wohl die heiteren Erzählungen im Danziger Blatt, die der heimliche Arbeiterdichter Krok wieder wirkungsvoll zu Gehör brachte. Abseits vom Programm des Abends und auch abseits von dem Grundgedanken des Volkstums und schließlich auch abseits von der literarischen Verarbeitung Krok' lag die Szene aus seinem neuen Drama, die er im ersten Teil zum Vortrag brachte. Der für heitere Erzählungen im Danziger Blatt und auch für ernste Kritik degabte Krok sollte bedenken, daß auch Fritz Reuter kein Drama geschrieben hat und doch als Dichter seinen Namen hat.

Abseits vom Programm lagen auch einige Musikporträts eines hiesigen Dvior, das da alsbald, für einen heiteren Abend müßte es durchaus mit einigen modernen Schritten anwachen. Ungeübten Gemüts bereiteten die Nieder zur Laute einer hiesigen jungen Sängerin. Wenn die Sängerin auch über kein vollständiges Organ verfügte, so wurde das durch die Frische und Natürlichkeit ihres Vortrages wettgemacht. Gen. Lopus brachte einige humoristische Meisterwerke der Weltliteratur zum Vortrag. Der Abend wurde angeschlossen durch einige Porträts des hiesigen Dichters "Sängergruß".

Die Bestimmung der Steuererhöhungen betrifft eine Bekanntmachung der Steuerverwaltung in der heutigen Ausgabe der 'Danziger Volksstimme'. Ein weiterer Bekanntmachung reagiert die andernseitige Bemerkung der Sach- und Naturalbesitzer. Nach einer Mitteilung des Landessteueramts sind die Preise für die einzelnen Teile des Depots in der Weise ermittelt, daß grundsätzlich 71 der Vorkonsumierte vom 14. Februar 1923 der Bewertung zu Grunde gelegt sind. Im Ergebnis stellen sich die neuen Werte auf etwa das Dreifache der bisherigen Werte. Hierdurch soll zugleich ein präventiver Zusammenhang mit der gleichzeitigen in Kraft tretenden Erhöhung der Erwerbsteuern beim Steuerabzug hergestellt werden. Auf diese Weise wird vermieden, daß Steuerpflichtige, die bisher steuerpflichtige Einkommen nicht hatten, infolge Erhöhung des Wertes der Naturalbezüge zur Einkommensteuer herangezogen werden.

Der bekannte Vortragskünstler Sibbia-Edelhof gab wieder einmal zwei heitere Abende. Er erzielte seine zahlreiche Anhängererschaft mit einem wirkungsvoll zusammengefaßten Programm, das jeden Besucher voll auf seine Rechnung kommen ließ. Der Vortrag einer reinen Auswahl aus dem Schatz der heiteren Musik wurde durch ernste Darbietungen eindrucksvoll unterbrochen. Besonders den Anklang fand der junge Künstler wiederum mit seinen Parodien und durch die Veranlassungen von wieder zahlreiche neue Freunde gewonnen haben.

Beleidigte Zollbeamte.

In einem Artikel der 'Volksstimme' war vor etwa Jahrestag unter der Ueberschrift 'Antisemitische Zollkontrolle' ein Vorgang bei der Zollkontrolle in Simonshorst kritisch besprochen worden. Ein angelegener Danziger Kaufmann war nach zweimaliger Gewässerung noch einer weiteren Selbstinspektion unterzogen worden, die nach seiner Auffassung noch besonders schändlich gehandhabt wurde. Auf seine Beschwerde will er von dem Beamten mit der Erwiderung 'Juden müssen bis auf die Knochen revidiert werden' abgewiesen worden sein. Unter fälschlicher Wiedergabe dieser Schilderung des Kaufmanns war in dem Artikel an die Oberzolldirektion die Frage gestellt, ob sie die Anweisung zu einer derartigen Ausnahmehandlung Danziger Staatsbürger jüdischen Glaubens wirklich gegeben habe. Die Oberzolldirektion schweigend sich zunächst vollkommen aus. Dafür erhob der Staatsanwalt gegen den Kaufmann sowie den verantwortlichen Redakteur Gen. Weber Anklage wegen Beleidigung der beiden Zollbeamten Fouquet und Wenzel, obwohl der Artikel nur allgemein gehalten war und keinerlei Namen noch Angaben über bestimmte Beamte gebracht waren. Merkwürdigerweise wollte auch die Oberzolldirektion mit dieser Klage nichts zu tun haben.

Nach zweimaliger Vertagung wurde die Klage nun dieser Tage vor dem Schöffengericht verhandelt. Die in Frage kommenden Zollbeamten bestritten unter Eid, den Kaufmann schändlich behandelt und die fragliche Redebeziehung gebraucht zu haben. Der Kaufmann hielt jedoch die in der Zeitung gegebene Darstellung in allen Punkten aufrecht. Der Staatsanwalt bezichtigte die Darstellung in der Zeitung als verleumdende Beleidigung und beantragte gegen den Kaufmann 50.000 Mark und gegen den Redakteur 20.000 Mark Geldstrafe. Rechtsanwalt Rosenbaum wies demgegenüber darauf hin, daß man noch bei allen Beweishebungen, in denen sich Beamte und Privatpersonen gegenüberstehen, die Feststellung habe machen müssen, daß die Aussagen der Beamten den übrigen Angaben direkt widersprechen. Er wies nicht daran, daß sich der Vorgang so abgespielt habe, wie der Kaufmann ihn schildere und daß auch die antisemitische Redebeziehung gebraucht sei. Eine Beleidigung liegt darum nicht vor und beantrage er Freisprechung. Gen. Weber erklärte, daß er ebenfalls keinen Anlaß gehabt habe, die Glaubwürdigkeit des Kaufmanns anzuzweifeln. Er habe den Artikel veröffentlicht, weil seinerzeit sehr oft über die Zollbehandlung in Simonshorst Klage geführt wurde und darum ein öffentliches Interesse an der Aufklärung vorgelegen habe, besonders auch deswegen, weil anscheinend eine Anweisung auf eine Ausnahmebehandlung einer bestimmten Glaubensgruppe vorlag. Der Artikel habe weder die Namen der Beamten, die darum öffentlich gar nicht beleidigt sein könnten, noch formale Beleidigungen enthalten. Das Gericht kam zu dem Urteil, daß die Beweisführung die behaupteten Tatsachen nicht ergeben habe. Der Kaufmann habe sich der Beleidigung schuldig gemacht und wurde zu 15.000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Redakteur habe dagegen im guten Glauben gehandelt und wurde freigesprochen. Wie wir hören, wird der Kaufmann gegen seine Verurteilung Berufung einlegen.

Die Grundlöhne in der Krankenversicherung sind, wie aus einer Bekanntmachung im Anzeigenteil der 'Danziger Volksstimme' hervorgeht, verdoppelt worden.

Gesangswettstreit der Wandervogel-Jugend. Die zur Arbeitsgemeinschaft vereinigten Danziger Quicker, Wehrfogen und verschiedenen Wandervogelbünde übten sich am Sonntag im Konradinum zum ersten Male im Gesangswettstreit. Gruppe für Gruppe trat auf, um ihr Können im Gesang und Musikspiel zu zeigen. Auch an beachtlichen Einzelleistungen fehlte es nicht. Anfang März soll ein öffentlicher Abend veranstaltet werden, an dem die Jugend ihren Gesang und ihre Musik zum Vortrag bringen will.

Standesamt vom 27. Februar 1923.

Todesfälle. Kaufmann Johannes Wiebe, 57 J. - Arbeiter Karl Drews, 65 J. 1 M. - Tochter des Arbeiters Georg Mueller, 10 J. - Witwe Margarethe Claus geb. Pfeifer, 63 J. - Tochter des Maschinenbauers Ernst Mohr, 2 J. - Schneidermeister Karl Madde, 59 J. 8 M. - Schneidermeister Max Albat, 33 J. - Buchhalter Karl Rosika, 18 J. - Holzarbeiter Karl Klammann, 10 J. 10 Mon. - Tochter des Schiffsführers Hugo Girsh, 10 J. - Kaufmann Samuel Wolff, 28 J. - Witwe Charlotte Stockmann geb. Hüner, 87 J. 7 M. - Witwe Amalie Jaworski geb. Müller, 70 J. 8 M. - Unverehel. Wilhelmine Plumborn, 77 J. 3 M. - Frau Dorothea Henning geb. Hof, 73 J. 5 M. - Witwe Anna Stegmann geb. Roshowski, 75 J. 1 M. - Frau Karoline Wols geb. Peters, 83 J. 1 M. - Rentier Hermann Dörbel, 82 J. 7 Mon. - L. d. Ar. Johannes Kunkel, 2 Tage. - S. d. Sattlers Otto Dehke, 8 M. - S. d. Arb. Otto Dreming, 5 M. - Witwe Luise Rindahl geb. Kundiager, 84 J. 2 Mon. - Witwe Malwine Feilerabend geb. Wankrowski, 72 J. 10 Mon. - Arb. Max Ratiker, 42 J. - Witwe Auguste Kliese geb. Brandt, 79 J. 6 Mon. - Witwe Pauline Hof geb. Prochnau, 82 J. 9 Mon. - Tischlermeister Julius Maholfski, 57 J. 4 Mon. - L. d. Schlossers Wladimir Kramke, 1 J. - Invalid Karl Mitalaff, 50 J. 3 Mon. - Schneider Arthur Freund, 27 J. 4 Mon. - Arb. Johann Wipol, 42 J. 3 Mon. - Uebel. 1 F.

Geschied vom 27. Februar 1923.

Waldsee: Von Kilometer 9 (Schilf) bis 36 (Nordost) nach Schwabes Gistreiben, von hier bis Km. 97 (Ehrenthal) nach Schwabes Gistreiben, ab dann bis Km. 106,5 (Gasthof) Schwabes Gistreiben, weiter unterhalb bis zur Mündung Gistreiben in 14 Strombreite. - Das Eis treibt in nordwestlicher Richtung gut in See ab. - Sämtliche Eisbrechmaschinen mit Ausnahme von 'Schwarzwasser' und 'Perle', die im Neuenhoffer Stationiert sind, im Einlager Kalen.

Devisenkurse.

(Nachschuß vom 12 Uhr mittags.)

Table with 3 columns: Currency, 27. Februar, 26. Februar. Includes: Dollar 22.000, polnische Mark 0.50, Pfund Sterling 103.000, holländischer Gulden 8.720, norwegische Krone 4.070, dänische Krone 4.250, schwedische Krone 5.850, Schweizer Frank 4.150.

Schwedische Devisenkurse vom 26. Februar 1923.

Amerikan. Dollar: Geld 22.443,75, Brief 22.556,25; poln. Mark: Geld 45,37, Brief 45,63; englisches Pfund: Geld 105.236,25, Brief 105.763,75.



Mühlenprodukte ♦ Futtermittel

Spedition
Transitlager · Verzollungen

Neufahrwasser

Schulstraße 9

Telefon 2002

Nowak & Co. g. m. b. H. Danzig

Kreuzmarkt Nr. 2/3 (Altes Raiffeisenhaus)

Telefon 6810 · Telegr.-Adr.: Agernowak

Saaten-Großhandlung

Spezialitäten: Seradella, Lupinen und Hülsenfrüchte

Danziger Gemüse- u. Obst-Konserven- u. Marmeladen-
Fabrik G. m. b. H., Danzig, Weidengasse 35-38

liefert Konserven
und Marmeladen



von den billigsten bis
feinsten Qualitäten

S. ANKER * DANZIG

Telefon: 33, 385, 393 · Gegründet 1871 · Telegr.-Adr.: Kleieanker

Getreide, Mehl, Reis, Saaten, Futtermittel, Kolonialwaren · Eigene große Lagerhäuser in Danzig u. Neufahrwasser

IMPORT
Getreide, Mehl, Tee, Kaffee, Reis
Düngemittel usw.
Generalvertreter unter Auslandsfirmen
Czekanski & Fawlowski
Danzig · Tel.-Adr.: Szwec · Warschau
Langermarkt 11 · Telefon 632 · Maryn Street 46
Export aus Polen
Kartoffelmehl · Zucker · Mehl · Saaten usw.

J. Pulvermacher, Danzig
KONTOR KARENWALL 3-4
Telefon 711 · Lager 1170 · Direkt 482
Sägewerk: Neustadt
Lager: Broschkiacher Weg 4

DANZIGER GROSSHANDELSHAUSER

Geschäftliche Rundschau mit Dauerefahrplan

Musterschutz! Ohne Gewähr!

(A) Danziger Vorortverkehr
(Danzig—Langfuhr—Zeppot)
Danzig Hbl.—Zeppot: 120, 200, 400, 500, 600, 650, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000, 1100
Langfuhr—Danzig Hbl.: 100, 200, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000
Oliva—Danzig Hbl.: 100, 200, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000
Zeppot—Danzig Hbl.: 100, 200, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000

Buchdruckerei

Telefon 3299 · J. Gehl & Co. · Am Spandauer 6

Anfertigung von Drucksachen für
Handel und Industrie

Holz Union G. m. b. H.

Langgasse Nr. 73
Telefon Nr. 6340 · Telegr.-Adr.: Holzunion

sind laufend Käufer von
Eisenbahnschwellen, Telegraphen-
stangen und Waldbeständen.

Aug. Wolff & Co.

Danzig u. Neufahrwasser
Schiffsmakler

Spezialität: Kohlen- und Koks-Import

Sieg & Co. H.

Telegr.-Adr.: Sieges Danzig · Telefon 3061, 5747

Kohlen- und Koks-Import

Schiff- und Leinwandhandel · Bankkassen
u. Frischwasserlieferung an Seedampfer

Worms & Cie., Danzig

Langermarkt Nr. 17
Tel. 1950, 3826, 3844

Reederei :: Schiffmaklerei
Spedition

Frachtdampferlinie Danzig—Belgien—Frankreich
Passagierdienst Danzig—Le Havre—New York

„ELIBOR“

Handels- und Industrie-Aktiengesellschaft

L. J. BORKOWSKI
DANZIG, Kohlenmarkt Nr. 7
Telefon 2295

Eisen, Stahl, Kohle, Zement
und Vertretung für Ford-Automobile

Bergenske Baltic Transports Ltd.

Hundegasse 10 DANZIG · Hundegasse 50
Passagierdienst: 1619, 1741, 3353, 5485, 5093, 6014, 6717

Fittungen in: Libau, Windau, Riga, Reval, Petrograd, Warschau, Lodz

Telegramm-Adresse für alle Häfen: „Bergenske“
Reederei — Befrachtung — Spedition — Transportversicherung — Frachtverladung — Lagerung
eigene Speicherräume u. Lager für Holz, Stroh, u. Massengüter sowie u. Wasserfracht

DRIMEX Handelsgesellschaft m. b. H.

Textilwaren
Glaswaren
Lebensmittel

Danzig, Langermarkt Nr. 14. (Eingang Berholdsche Gasse)
Telefon Nr. 6376 · Telegramm-Adresse: Drimex

Carl Niclas & Co.

Mühlenerzeugnisse — Hülsenfrüchte — Kolonialwaren

Hauptgasse Nr. 32 · Telefon Nr. 2143 und 1992

Mix & Lück, Danzig

Gegründet 1901 · Inhaber: Konrad Lück · Gegründet 1901

Fisch-Großhandlung
Fisch-Räucherer und Konserven-Fabrik

SPEZIALITÄT: POLNISCHE KLEESAATEN, WICKEN, LUPINEN, PELUSCHKEN

„SATIVA“ Schwedisch-Danziger Saathandels A.-G.

Telefonnummer: „SATIVA“
Briefadresse: DANZIG
TELEPHON: 5907, 5908
Eigene Lagerhaus mit Kohn- u. Musterschutzhaft Lagerung 12
Welfen
Stern-Str. 10, 1. u. 2. Etg.
119, Hundegasse

DANZIG

Wir sind ständig Käufer von Rotklee, Gelbklee, Weißklee, Grünklee sowie Wicken und Hülsenfrüchten

Danziger Nachrichten.

Neue Vereinbarungen im Groß- und Kleinhandel.

Die Februargehälter. — Neue Branchenanteile.

Gestern Abend wurde nach stundenlangen Verhandlungen zwischen Vertretern des Bundes der Arbeitgeber-Vereine im Groß- und Kleinhandel und der beteiligten Angestellten-Gewerkschaften die seit sieben Monaten schwebende Tarifangelegenheit zu einem Abschluss auf folgender Grundlage gebracht:

Die Februargehälter werden um 200 Prozent auf die Gehälter des Dezember-Schiedsvertrages erhöht unter Anerkennung der in dem Schiedsvertrag vorgesehenen Branchen- und Klasseneinteilung.

Brande 1: Kleinhandel; Brande 2: Großhandel, einschließlich Reederei und Expedition. Die Klassifizierung umfasst in der

Klasse A: Angestellte mit einfachen kaufmännischen Arbeiten, einfache Verkaufskräfte, Hilfskräfte in Kontor und Kassakasse, Buchhalter, Lageristen, Expedienten, Ladentastler, erste Verkaufskräfte, Kassierer, Stadtreisende, Stenotypisten (innen) bis 175 Silben, Dekoraleure, Statistiker, Registratoren, Augenexpedienten, Filialleiter mit bis zu vier kaufmännischen Angestellten einschl. Lehrlingen, Drogeristen mit Vikarierung, Debitaleure.

Klasse B: Erste Buchhalter, Korrespondenten, Hauptkassierer, Chefbuchhalter, Einkäufer, Disponenten, Abteilungsleiter mit durchschnittlich mehr als fünf kaufmännischen Angestellten einschl. Lehrlingen, Filialleiter mit durchschnittlich mehr als vier kaufmännischen Angestellten einschl. Lehrlingen, Empfangs- und Aufsichtskräfte, erste Verkaufskräfte in leitender Stellung, Stenotypisten (innen) über 175 Silben, Direktoren, Provisoren, Expedienten mit Vikarierung oder Korrespondenz.

Die Verheiratenzulage wurde auf 20 000 Mark festgesetzt. Die Aufwandszuschüsse für Bekleidung beträgt im ersten Jahr 20 000 Mark, im zweiten 30 000 Mark und im dritten 50 000 Mark. Für Angestellte unter Berufswechsel sind festgesetzt: Im ersten Berufsjahr 22 000 Mark, im zweiten 35 000 Mark, im dritten 100 000 Mark. Die Berechnung der freien Station bleibt für den Monat Februar der freien Vereinbarung vorbehalten. Es wurde vereinbart, Anfang März in die Verhandlungen zwecks Abschluss des Manteltarifvertrages einzutreten.

Aus der „Freien Volksbühne“.

Die von Tag zu Tag steigenden Ausgaben für die notwendigsten Dinge des täglichen Lebens legen den Mitglieder der Theatergruppe Einschränkungen auf und machen ihnen den Besuch des Theaters kaum noch möglich. Der Antrag zur „Freien Volksbühne“, der aus allen Berufsgruppen ständig wächst, ist nicht zuletzt auch ein Beweis dafür, dass die Erwartungen der Besucher voll entspricht. Neben den ständigen Theateraufführungen fanden auch die Sonderveranstaltungen, zwei Symphoniekonzerte und literarische Morgenfeiern, die sich mit Goethe, Werth, Hauptmann und Hermann Löns beschäftigten, großen Anklang. Am 28. März findet nun eine literarische Sonderfeier statt, in der die Mitglieder mit den Dichtern aus werktätigen Berufen bekannt gemacht werden sollen. (Vortrag: Wilhelm Omandowski (Danzig), Rezitationen: Ilse Staff (Weimar), Ort: Aula des städt. Gymnasiums am Winterplatz.) Als März-Vorstellung im Stadttheater ist Georg Kaisers Familien-Lustspiel „David und Goliath“ gewählt.

In Anbetracht der Geldverwertung hat sich nun auch die „Volksbühne“ zur Erhöhung des Monatsbeitrages entschließen müssen. Er beträgt jetzt 200 Mk. Im Vergleich mit den Kassenpreisen des Stadttheaters, von anderen Veranstaltungen in Schauspieltheatern und Varietés gar nicht zu reden, ist dieser Preis so gering, dass niemand Zweifel an der Berechtigung dieser Beitragserhöhung haben kann. Die Gründe, warum der Vorstand den Beitrag so gering bemessen hat, sind den Mitgliedern bekannt. Mögen nun aber auch alle, die bisher die Vorteile dieser Organisation genossen haben, weiterhin Mitglieder werden, denn nur auf diese Weise lassen sich die weitestgehenden Pläne für die Zukunft der „Freien Volksbühne“ verwirklichen. Und vor allem wird nur so eines der Hauptziele erreicht: die wirksame Abwehr des Rittches und die Erziehung der breiten Massen zur echten Kunst und zur Freude an der Kunst.

Eine Brief- und Adressen-Zentrale für alle Danziger Behörden ist im Rathaus an der Langgasse eingerichtet worden. Für das Publikum bringt die Neuerstellung den Vorteil, dass es sämtliche Briefe an die inneren Stadt untergeordnete staatliche und städtische Behörden und Dienststellen in den Briefkästen im Rathaus (Eingang zur Stummerei-Kasse) werfen kann. Der Briefkasten wird zweimal am Tage geleert, und die darin befindlichen Briefe und Karten werden durch Boten den einzelnen Behörden und Dienststellen übermittelte.

Danziger Wochenschriften. Demnächst erscheinen zwei Briefmarken zu 50 und 100 Mark, die mit einem Aufschlag von 20 und 30 Mark zu Gunsten der Kleinrentnerhilfe verkauft werden sollen. Die Marken, im Format der hochwertigen freikantigen Postwertzeichen perforiert und auf Wasserzeichenpapier mit kleinem Wabenmuster bedruckt, zeigen in einem ovalen Rahmen das Brustbild eines alten Mannes mit sorgenvollem Gesichtsausdruck (symbolisch die Not der Kleinrentner darstellend) und rechts und links davon Ansichten von Danzig mit Marienkirche und Rathaus-turm. Der ovale Rahmen enthält im oberen Teil die Aufschrift „Freie Stadt Danzig“ und im unteren Teil die Aufschrift „Kleinrentnerhilfe 20 (bzw. 30) Mk. Aufschlag.“ Die Farbe der Marke zu 50 Mark wird voraussichtlich rot, die der Marke zu 100 Mark violett sein. Der Zeitpunkt des Erscheinens und die Dauer der Gültigkeit der Marken wird noch bekannt gegeben werden.

Schwindlerin. Das Hausmädchen Ch. Kl. aus Bröhen, mehrfach vorbestraft, hatte sich wiederum vor dem gemeinsamen Schöffengericht wegen verschiedener Betrugsereien verantworten. Sie befand sich im Sazarett und führte von hier aus an eine ihr fremde Frau und bat um deren Besuch. Die Frau kam auch in das Sazarett, und die Angeklagte erklärte ihr, dass ihr Vater Kapitän eines Schiffes sei, das sich im Hafen befinde. Der Vater wolle nicht, dass das Mädchen im Sazarett bleibe und wünsche, dass die Frau die Angeklagte zu sich aufnehme. Der Vater würde alles gut bezahlen. Es kam aber an diesem Tage zu keinem Abschluss. Die Angeklagte lud dann die Frau nochmals ein. Der Vater wurde anwesend sein. Die Frau solle auch verschiedene Waren einpacken und mitbringen. Der Vater werde alles bezahlen. Die Frau kam diesen Wünschen nach und erschien im Sazarett. Der Vater war natürlich nicht anwesend. Die Angeklagte verhandelte dann wieder über ihr Schicksal bei der Frau; man wurde nun einig, da die Angeklagte der Frau erzählte, dass ihre beiden Söhne auf dem Schiffe ihres Vaters beschäftigt seien, würden. Die Angeklagte hat dann noch um 500 Mk. und erhielt auch diesen Betrag. Dann zog die Angeklagte zu der Frau. Die Angeklagte erzählte nun der Frau, dass sie auf dem Schlachthof beschäftigt sei und hier Fleisch besorgen wolle. Die Frau solle ihr für diesen Zweck 600 Mark geben, dass die Frau dann auch tat. Dann fehlte der Angeklagten das Geld, weil diese angeblich auf dem Schiffe bei dem Vater sei. Die Frau ließ deshalb der Angeklagten am Abend und einen Koffer mit dem Wert von 1000 Mark. Darauf verschwand die

Angeschuldete, denn — als war Schwindler gewesen. Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen Betruges zu einer Haftstrafe von 6 Monaten Gefängnis.

Erweiterung der Berufsgenossenschaft für Angestellte. Die deutsche vierde Verordnung über Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung vom 9. Februar 1923, nach der die Versicherungspflicht bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 4 200 000 Mark ausgedehnt wird, ist vom Senat der Freien Stadt Danzig übernommen worden und wird im nächsten Geschäftsblatt zur Veröffentlichung kommen. Danach werden alle Angestellten im Gebiet der Freien Stadt Danzig bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 4 200 000 Mark mit Wirkung vom 1. Februar 1923 der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung unterworfen. Die Gehaltsklassen sind unverändert geblieben.

Bereinigte Sozialdemokratische Partei Danzig-Stadt.

Bezirks-Mitglieder-Versammlungen

Dienstag, den 27. Februar 1923, abds. 7 Uhr:

8. Bezirk (Neufahrwasser) im Lokal „Zum Seuchenturm“, Olivaerstraße.

Wittwoch, den 28. Februar 1923, abds. 7 Uhr:

1. Bezirk in der Hülfschule, Seil, Geißgasse 111.
2. Bezirk in der Handels- u. Gewerbeschule, An der großen Mühle.

4. Bezirk (Schidlig) im Lokal Steppuhn, Barth. Str.
5. Bezirk (Bangl.) im Lokal Kreislin, Brunshöferweg.
9. Bezirk (Rechtstadt) im Gymnasium, Winterplatz.

Donnerstag, den 1. März 1923, abds. 7 Uhr:

8. Bezirk (Niederstadt) im Jugendheim, Reiterhof.
10. Bezirk (Kneipab) im Lokal „Werber Tor“,
11. Bezirk (Heubude) bei Schönwiese.

Thema in allen Versammlungen:

Die weltpolitische Lage und die Vorgänge im Ruhrgebiet. Organisations- und Beitragssragen. Verchiedenes.

Redner: Arcanaski, Dr. Hina, Brill, Fischer, Gehl, Karstchewski, Klokowski, Klaf, Mau, Nagroski, Reef, Spill.

Die Vorgänge im Ruhrgebiet haben das Interesse der gesamten werktätigen Bevölkerung aufs höchste gesteigert. Die Arbeiterklasse im Ruhrgebiet steht im Vordergrund des Kampfes gegen den französischen Militarismus: gegen die Kriegsbeute der Deutschnationalisten.

Parteilosen, Parteigenossen! Sorgt für zahlreicheren Besuch dieser Versammlungen. Auch Nichtmitglieder, Freunde unserer Sache, sind willkommen!

Der Landesvorstand der S.S.D.

Hungerlöhne im Fleischergewerbe.

Vom Zentralverband der Fleischer wird uns geschrieben: So absurd es auch klingt, bestehen im Fleischergewerbe noch wahre Hungerlöhne. Die derzeit gültigen Wochenlöhne betragen für Gezellen 19 800 bis 18 900 Mark, wovon noch 9150 Mark für Kost und Logis abgehen. Da diese Löhne vollkommen unzureichend waren, so beantragte der Zentralverband der Fleischer am 26. Januar neue Lohnverhandlungen. Diese lehnte die fleischer-Syndikatsführung trotz der hohen Fleischpreise und der hohen Gewinne ab. Der angereifene Schlichtungsausschuss folgte folgenden Schiedsurteil: „Ab 1. Februar sind folgende Löhne zu zahlen: 1. Gezellen 42 000 Mark, 2. Gezellen 41 500 Mark, 3. Gezellen 40 000 Mark Bodenlohn. Für Kost können 17 800 Mark für Logis 1800 Mark in Abzug gebracht werden. Verheiratete erhalten einen Zuschlag von 10 Prozent. Außerdem ist das Arbeitsverhältnis tariflich zu regeln.“ Dieser überaus magere Schiedsurteil, deren Lohnsätze noch zum großen Teil auf Kost und Logis entfallen, wurde von den Gezellen unter Protest angenommen; von den Meistern aber, weil ihnen die überaus hohen Kostsätze zu niedrig waren, abgelehnt. Hierauf wurde von den Gezellen die Verbindlichkeitsklärung beim Demobilisierungskommissar beantragt. Inzwischen mühen die Fleischergezellen zu den alten Hungerlöhnen arbeiten und sind den größten Einschränkungen ausgesetzt, die kaum noch länger ertragen werden können. Die Empörung der Gezellen darüber, dass man ihre Notlage so wenig berücksichtigt, ist eine überaus große. Was schert das aber die Herren Fleischermeister; sie machen ihre kostigen Verdienste und leiden keinerlei Not. Mögen doch die Gezellen sehen, wo sie bleiben. Hoffentlich hat der Demobilisierungskommissar ein Einsehen und erklärt diesen der Zeit längst nicht mehr entsprechenden Schiedsurteil ohne große Umschweife für rechtsverbindlich.

In den Metropoli-Dichtspielen rollt der Fortsetzungsfilm „Die Vampire von New York“, der den amerikanischen Filmstarsteller in körperlicher Gewandtheit und Uner-schrockenheit zeigt. Hinter dem Titel „Ein schwarzer Junge“ verbirgt sich ein interessanter Film. Der schwere Junge ist in Wirklichkeit ein harmloser Mensch, der durch einen Wundenreiß ins Gefängnis gebracht wird. Der Brand des Unglücklichen, dem „Birkmader“, von Manja Tzschikawa vortrefflich dargestellt, gelangt es, die Schandtat aufzudecken.

Obra. Nationalistische Umtriebe. In Gruppen reich geschwollen, stillgestanden; und ähnliche Kommandos erlösten Sonntag mittag auf der Straße an der Oh-bahn. „Was ist dort los?“ hörte man fragen. „Soldaten kommen!“ und richtig, es können wohl 40 bis 50 gewesen sein. Sogar ein Hauptmann, ein richtiger nationaler, nicht so einer wie dasmal in Abend, oder doch? Aber wie stand es mit den Soldaten? Zum Teil kam der Schuss erwachsen und leider konnte man nach ihrem unterernährten Aussehen annehmen, dass auch Arbeiterkinder darunter waren. Jeder Arbeiter sollte Kunde davon wissen, wofür seine Kinder gehören, damit sie nicht wieder zu alterhand unglücklichen Anreden missbraucht werden. Proletarierkinder gehören in die Arbeiter-Jugendvereine und in die Arbeiter-Turn- und Sportvereine.

Sappot. Selbstmord durch Erhängen verübte im Juppoteer Polizeigefängnis ein gewisser Dohsenmann. Er hatte durch Einbruch in das Geschäft von Cohn in der Danziger Straße für 12 Millionen Mark Waren gekloppt, die zurückgebracht werden konnten.

Aus dem Osten.

Königsberg. Ein sozialdemokratischer Parteirat. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Seemann ist vom preussischen Innenminister mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamts in Gerbansen beauftragt worden. Das hat natürlich die Deutschen, die in Ostpreußen leben und autoritär regieren möchten, gewaltig in den Harnisch gebracht.

Königsberg. Abstandsmaßnahmen für Sozialisten. Auf Antrag der Verwaltung sollte das Recht zu Gunsten der Rentenempfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung weitere zwei Milliarden Mark zur Verfügung gestellt, wovon auf Renten ca. 888 Millionen entfallen. Hieron sind für Ostpreußen zur Verfügung gestellt: In gebundenem Aufschlag 4150 Millionen Mark, an freiem Aufschlag 450 Millionen. Die die Presektion des Oberpräsidenten mitteilt, werden diese Beträge auf die einzelnen Provinzialverwaltungen verteilt. Es entfallen auf gebundenem Aufschlag: Auf Regierungsbezirk Königsberg 17 654 000 Mark, Gumbinnen 11 798 000 Mark, Allenstein 6 583 000 Mark, Marienwerder 4 618 000 Mark, an freiem Aufschlag: Königsberg 1 960 000 Mark, Gumbinnen 1 810 000 Mark, Allenstein 727 000 Mark, Marienwerder 508 000 Mark.

Ullst. Eine hässliche Sitzung im Stadtparlament. Im Stadtverordnetenversammlungssaal des Ullster Rathauses spielten sich am Freitag Morgen ab, wie man sie wohl bisher dort noch nicht erlebt hat. Vor dem Rathaus hatte sich eine Anzahl Erwerbsloser, der sich neuerliche Maßnahmen anstellten, und die Sitzung hatte kaum begonnen, als dem Vortreiber durch einen kommunistischen Stadtverordneten ein Schreiben überreicht wurde, in dem Erwerbslose der Stadt Ullst eine Reihe von schwerwiegenden Forderungen an die Stadtverordneten stellten. Von 600 Arbeitslosen in Ullst waren es noch nicht 100, die nach einer Versammlung vor dem Rathaus waren, um auf die Stadtverordneten einen Druck auszuüben. Die Behandlung der Angelegenheit führte zu einem Ansturm der S. V. D. mit den Kommunisten.

Ullst. Verluste Kapitalflucht. Die Ullster Strafkammer verurteilte wegen verurteilter Kapitalflucht den Kaufmann Hermann Krause aus Ankerburg zu 60 000 Mark und den Käsehändler Robert Kröblich aus Ullst zu 20 000 Mark, erkannte auch auf Verfall der beschlagnahmten Gelder in Höhe von 850 000 Mark bzw. 200 000 Mark.

Schneidemühl. Tödlicher Unglücksfall. Der Kutscher Max Herrmann ist Donnerstag nachmittag beim Holfahren tödlich verunglückt. Als er mit seinem Gefährt in Könnigsfeld einen etwas rechten Abhang hinunterfuhr, kam der Wagen ins Rollen. Herrmann stürzte vom Sattel und wurde überfahren. An den Folgen der erlittenen schweren Verletzungen ist er alsbald gestorben.

Tübingen. Drei Kinder erstickt. In dem medienburgischen Dorfe Könnigsfeld bei Tübingen sind drei Kinder eines beim Pfarrerspächter daselbst wohnenden Schmitterspaars erstickt. Während die Eltern ihrer Arbeit nachgingen, blieben die Kinder, wovon das älteste 5 Jahre alt war, allein. Infolge des wahrscheinlich nassem Brennholzes entwickelte sich starker Qualm; die Kinder wurden brennungslos aufgefunden und starben, da ärztliche Hilfe nicht schnell zur Stelle war, leider alle drei.

Weser. Die Verhandlung gegen den Massenmörder Sobczak wird schon in den nächsten 14 Tagen ihren Abschluss finden. Zur Beurteilung des Verbrechens wird eine eigene Strafkammer zusammengetreten.

Aus aller Welt.

Zuckerüberschüsse ins Ausland. Das Reichsgericht in Dortmund verurteilte den Kolonialwarenhändler Franz Schumacher, der den ihm zum Kleinerkauf an seine Kundenhaft reichlich überwiesenen Inlandszucker an Zuckerwaren- und Süßwarenfabriken usw. als Auslandszucker in großen Posten verschoben hatte, zu einer Million Mark Geldstrafe und sechs Monaten Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Der Kaufmann Gustav Drewes, der bei diesem unerlaubten Großhandel den Vermittler gespielt hatte, erhielt eine Geldstrafe von 50 000 Mark.

Das Tempelhofer Feld als Zentral-Flughafen. Wie mitgeteilt wird, soll der östliche Teil des Tempelhofer Feldes zu einem großen Flughafen für Berlin ausgeteilt werden. Sämtliche Fluglinien, sowohl die lokalen Rundfahrten als auch die inländischen und internationalen Luftverkehrslinien sollen auf dem Hafen „Tempelhofer Feld“ zusammengefasst werden.

Leben eingeschlossen. Auf der Yacht „Caroline“ bei Dohum sind zwei Bergleute durch Pflasterbruch im Schwach eingeschlossen worden. Die Rettungsarbeiten wurden sofort aufgenommen. Es wurde festgestellt, dass die beiden Bergleute noch am Leben sind. Die Yacht hat ihr Verbleibliches, um die beiden eingeschlossenen Kameraden lebend zu bergen.

Brand in einem Berliner Kino. Am Sonntag nachmittag brach in einem Berliner Kinotheater in der Nähe des Gürtlicher Bahnhofs während der Vorstellung für Jugendliche im Vorführerraum Feuer aus. Der Zuschauerraum verunfallte in kurzer Zeit und eine Panik bemächtigte sich der anwesenden Kinder, von denen etwa 20 Verletzungen davontrugen, darunter jedoch glücklicherweise nur vier solche ernsterer Natur. Das Feuer selbst wurde ohne große Schwierigkeit von der Feuerwehr gelöscht.

250 Millionen aus Briefen geraubt. Bei dem wegen Unterbringung von Auslands-Briefstücken in München festgenommenen Oberpostinspektor Pfaffinger wurden aus Briefen 250 Millionen Mark in Werte von 200 Millionen Mark gefunden. Außerdem besaß Pfaffinger Grundstücke im Werte von rund 50 Millionen Mark. Schließlich hat er bei Bekannten Darlehen in Höhe von mehreren Millionen gegeben. Pfaffinger hat verschiedene Untergebene als des Diebstahls verdächtig bezeichnet.

Wahrscheinliches Abenteuer eines Ungarn. Ein ungarischer Kaufmann lernte abends in einer Schenkwirtschaft in der Köthener Straße in Berlin zwei junge Männer kennen, mit denen er zechte. Als der Ungar den Wunsch nach weitausläufiger Gesellschaft äußerte, entfernte sich einer seiner Begleiter, kehrte aber bald darauf in das Hotel mit einer Dame zurück, die er als seine Frau ausgab. Als der Ungar es sich bequem gemacht und Schuhe und Rock ausgezogen hatte, sah seine Gesellschaftlerin in die Rocktasche, ergreift die Brieftasche und verließ das Zimmer und Hotel. Als der Bekannte ihr nachsehen wollte, hielt ihn der Portier fest, da er meinte, der Gast wolle ohne Bezahlung das Haus verlassen. Ehe das Polizeibüro informiert wurde, hatten die Diebe das Gepäck des Ungarn, das seine Einkäufe im Werte von 3 Millionen Mark enthielt, vom Bahnhof abgeholt. Den Gepäckstein hatten sie in der Brieftasche gefunden. Sie enthielt für 18 Millionen Mark bares Geld und andere Wertgegenstände.

Berichtungs-Anzeiger

Bereinigte Arbeiter-Jugend-Sanitäts-Verein. Dienstag, den 27. Febr., abds. 7 Uhr: Treffen im Heim. Beschäftigung der Gläubiger in Laventhall. (1)

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Mittwoch, den 28. Febr., abds. 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 70: Branchenversammlung der Formner. (1945)

Verantwortlich: für Politik Ernst Gopp, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Ingerate Anton von Bock, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

